



BEFÖRDERUNGSTERMIN 1. 4. 2007

Der so genannte Generationenpakt – Fluch oder Segen?

Ein Kommentar von Hugo Müller

In den letzten Jahren habe ich mich in meiner Verantwortung als Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, in der doch immerhin 70% der saarländischen Polizeibeschäftigten organisiert sind, aus prinzipiellen Gründen mit dem, was BdK und/oder DPolG zu unseren gewerkschaftlichen Aktivitäten zu sagen hatten, nicht auseinandergesetzt. Diesmal will und muss ich allerdings eine Ausnahme machen. Wir haben in der letzten Ausgabe „Deutsche Polizei“ umfassend über Inhalte und Konsequenzen des sog. „Generationenpaktes – Jung für Alt“ berichtet.

Wie sah die Bewertung von anderer Stelle aus? Der neue BdK-Landesvorsitzende Micha-

el Rupp meinte, „er könne sich über die ausgehandelte Kürzung von Anwärterbezügen nicht freuen. Es sei kein Ruhmesblatt für eine Berufsvertretung, wenn junge Menschen, die einen sehr schwierigen Beruf erlernen, hierfür nun weniger Geld bekommen“. Und weiter stellte er fest, „dass auch der BdK im Rahmen der Haushaltsberatungen 2007 eine Erhöhung des Beförderungsvolumens gefordert hatte, er aber der Auffassung sei, dass die zusätzlichen Mittel sicherlich auch auf anderen Wegen hätten bereitgestellt werden können, so z. B. über eine Auferlegung von Kosten des Polizeieinsatzes auf Veranstalter kommerzieller Großveranstaltungen“.

Und hier legte dann die DPolG Saarland noch eine Schippe drauf! Unter Hinweis darauf, dass die im Jahr 2001 von der saarländischen Landesregierung verabschiedeten Strukturkonzepte eine Umsetzung aller im mittleren Dienst befindlichen bis mindestens nach A 9 bis zum Jahre 2005 vorgesehen hatte, sei „die Absenkung der Eingangsbesoldung auf A 8 ein massiver Rückschritt und möglicherweise der Anfang vom Ende der zweigeteilten Laufbahn“.

Die Informationen, die offensichtlich der DPolG-Landesvorsitzende Horst Dörr seinem benachbarten DPolG-Bezirk Rheinland-Pfalz zukommen ließ, wurden dort im sog. „On-line-Express“ bereitwillig aufgegriffen und zielgerichtet vermarktet: „Um einige Beförderungen zu sichern, vereinbarte die saarländische GdP mit der Regierung, dass ab 2011 neu eingestellte Anwärter nicht nach A 9, sondern für ein Jahr nur nach A 8 bezahlt werden. Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen: Um einige Beförderungen zu retten, die im Übrigen – wie unser Landesverband auf Nachfrage bestätigte – politisch längst versprochen waren, verkauft die GdP im Saarland ungeniert die jungen Kolleginnen und Kollegen ... einfach unfassbar und in der Gewerkschaftspolitik wohl ein einmaliger Vorgang“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will mich bemühen, bei so viel hohlem und dumpfem Getöse die Fassung zu behalten und Euch die Fakten darzustellen, mit der Bitte verbunden, dass Ihr Euch Euer Urteil selbst bildet.

Wir, die saarländische GdP, haben 2001 für die Stellen-Struk-

tur-Konzeption gekämpft und sie federführend mitgestaltet. Nomen est Omen: Das Konzept hieß Balmes-Konzept!

Wir, die GdP, sind in den Folgejahren nicht müde geworden, für die notwendigen Mittel zur Umsetzung dieses Konzeptes zu sorgen. Wir, die GdP, haben in der Folgezeit kritisiert, wenn die Budgets zu knapp gefasst waren (und sind dabei von DPolG und BdK kritisiert worden, weil wir parteipolitisch motiviert wären).

Ich habe selbst mit dem Euch bekannten Brief an Peter Müller im Herbst vergangenen Jahres versucht, ultimativ zusätzliche Beförderungsmittel, insbesondere für unsere Obermeister-Problematik, einzufordern, leider ohne Erfolg.

Wie ist die Ausgangslage im Wesentlichen weiter zu beschreiben?

1. Für das Beförderungsjahr 2007 standen definitiv nur ca. 350 000 Euro zur Verfügung (mit denen die notwendigen Maßnahmen nicht hätten finanziert werden können).

2. In den letzten Jahren sind im Saarland Untersuchungen durchgeführt worden, wie man, möglicherweise durch Wiedereinführung des mittleren Dienstes oder die vermehrte ersatzweise Beschäftigung von Tarifbeschäftigten, die sich dramatisch entwickelnde Altersstruktur in der saarländischen Polizei mit erhöhten Mehreinstellungen in den Griff kriegen kann. Gleichzeitig verabschiedeten sich viele andere Bundesländer aus prinzipiellen Gründen eben nicht von der Einstellung in den mittleren Dienst.

Fortsetzung auf Seite 2



Am 30. März 2007 war es wieder soweit: 161 Kolleginnen und Kollegen konnten von Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und Staatssekretär Gerhard Müllenbach Beförderungsurkunden erhalten. In ihrer Rede ging die Innenministerin lobend auf den mit der GdP abgeschlossenen „Generationenpakt“ ein, durch den nun jährlich 115 000 Euro zusätzliches Beförderungsbudget zur Verfügung stehen. Für den ersten Beförderungstermin des Jahres 2007 konnten so 337 800 Euro verausgabt werden. Ohne den Generationenpakt wäre mit dieser Summe fast das komplette Budget für dieses Jahr ausgegeben worden. Wir gratulieren allen beförderten Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich zu ihrer Beförderung.

CW

Fortsetzung von Seite 1

3. Gerade eben in unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz befindet sich derzeit ein Gesetz im Gesetzgebungsverfahren, nach dem (mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit) ab 1. Januar 2008 die Eingangsbesoldung im gehobenen Dienst nach Lehrgangsende um drei Jahre auf A 8 festgesetzt werden soll. Und dies soll nicht nur gelten für die künftig einzustellenden, sondern für die bereits lange in Ausbildung befindlichen, die (zufälligerweise) erst nach dem 1. Januar 2008 fertig werden. Und das sicherlich dabei Entscheidende ist, dass die hierbei eingesparten Summen dem Landeshaushalt zu Spareffekten anheim fallen und nicht an anderer Stelle im jeweils betroffenen Ressort reinvestiert werden.

Angesichts dieser Gesamt-Gefechtslage gab es die Möglichkeit,

nach Vogel-Strauß-Manier den Kopf in den Sand zu stecken und zu hoffen, dass sich irgendwann die Gewitter verzogen haben. Das hat aber nach meiner Auffassung nichts mit der Übernahme von Verantwortung zu tun! Wir in der GdP haben unsere Aufgabe verstehen wollen in der Übernahme von Verantwortung zur Gestaltung und Lösung eines hochkomplexen Problemkreises. Mit unserem „Generationenpakt – Jung für Alt“ haben wir die zweigeteilte Laufbahn dauerhaft im Saarland gesichert! Denn die neuen Anwärter, die ab 2007 neu eingestellt werden (also Bestandschutz für die vorhandenen), werden nach Abschluss ihrer Ausbildung in die A 9 gD eingruppiert und lediglich für ein Jahr auf dem Niveau A 8 bezahlt. Nach diesem Jahr findet eine weitere Besoldung aus der A 9 dann automatisch statt.

Wir haben es verhindert, dass – wie die Innenministerin Kramp-Karrenbauer am Beförderungstermin nochmals bestätigte – auch im Saarland wie in Rheinland-Pfalz verfahren wird, nämlich eine Drei-Jahres-Regel für die bereits in Ausbildung befindlichen. Und wir haben es geschafft, dass die hierbei erwirtschafteten Betr

ge eben nicht zu Einspareffekten dem Haushalt zufließen, sondern zu 100% in der Polizei reinvestiert werden dürfen.

Und wer dann von der „Rettung einiger weniger Beförderun-



Hugo Müller, GdP-Landesvorsitzender Foto: Andrea Schaller

gen“ spricht, der hat die Bodenhaftung wohl völlig verloren! Die zusätzlichen so entwickelten Beförderungsmittel machen eine Ausweitung des Beförderungsbudgets um ca. 30% aus. Und im Saarland dürfte mittlerweile wohl jedem bekannt sein, was dies alleine schon zum 1. April 2007 bewirkt hat! Wir werden es nach meiner Einschätzung jetzt auch

schaffen können, alle POMs bis Oktober 2008 in die A 9 mD befördert zu haben, ohne dass es deswegen in den anderen Bereichen Stillstand gibt.

Schließlich wird es mittel- und langfristig für die jungen Kolleginnen und Kollegen, die ab 2011 betroffen sein werden, ein „Beitrag“ sein, mit dem sie sich später selbst helfen werden: Derzeit gibt es über 1000 Beschäftigte in der Besoldungsgruppe A 9 gD. Je schneller dieser riesige Berg abgebaut werden kann, umso früher haben neu Eingestellte selbst eine Chance, eine Beförderung nach A 10 zu erfahren.

Und ich will es ganz offen sagen: Ich hätte es mir auch lieber gewünscht, wenn die Gelder zusätzlich zur Verfügung gestellt worden wären und auf eine solche „Notgeburt“ hätte verzichtet werden können. Aber es war eben nicht so (siehe Antwortschreiben Peter Müller vom 15. Januar 2007, DP-Ausgabe April 2007).

Entschuldigt bitte, dass ich vor diesem Hintergrund so ganz ohne Betroffenheit dann doch nicht auskomme: Ich finde es zum Kotzen, wenn man gegen etwas ist, nur weil man selbst nicht mit am Tische saß und es nicht mitgestalten konnte.

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe unseres Landesteils ist der 10. Mai 2007.

Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Saarland
Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V. i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@superkabel.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6489

SAVIS

Verbesserungs- oder nur gewöhnungsbedürftig?

Von Wolfgang Schäfer

Im Rahmen einer Kooperation mit Rheinland-Pfalz wird seit Januar 2007 innerhalb der saarländischen Polizei mit dem Datenverarbeitungssystem SAVIS gearbeitet.

Ausgangslage

„Die Vorteile aus einer Kooperation mit Rheinland-Pfalz liegen für das Saarland auf der Hand: Wir können ein modernes, vor drei Jahren fertig gestelltes System kosten-

frei übernehmen und nutzen. Die künftig notwendige Fortentwicklung des dann gemeinsamen rheinland-pfälzischen/saarländischen Polizeisystems erfolgt arbeits- und kostenteilig. Der Kostenanteil des Saarlandes in der Kooperation wird deutlich geringer sein als bei der Fortführung einer eigenen saarland-spezifischen Lösung.

Für den gleichen Ressourceneinsatz wird noch höhere Qualität und größerer Funktionsum-

fang den Polizisten und Polizistinnen in Rheinland-Pfalz und im Saarland zur Verfügung gestellt werden können.“ (Auszüge aus der Presseerklärung der Ministerin für Inneres, Familien, Frauen und Sport vom Juli 2005 im Rahmen der Landespressekonferenz)

Zur Verdeutlichung sei klargestellt, dass sich das gesamte System SAVIS aus mehreren Modulen (Vorgangsbearbeitungssystem POLADIS, Kriminalitätslagebild KLAUS, Verkehrsunfallstatistik

SAVIS

AVUS und Polizeiliche Kriminalstatistik PKSNet) zusammensetzt, die schrittweise zum Einsatz gebracht werden.

Bevor das Datenverarbeitungssystem SAVIS im Januar bei den „Endanwendern“ eingeführt werden konnte, waren umfangreiche Beschulungsmaßnahmen erforderlich, die zielgerichtet bis zum Starttermin umgesetzt wurden.

Es wurden von September bis Dezember insgesamt 2180 Kolleginnen und Kollegen mehrtätig beschult.

An dieser Stelle möchten wir ausdrücklich das außerordentliche Engagement aller an der Einführung des Systems Beteiligten (z. B. Beschulungsteams, Multiplikatoren etc. ...) anerkennen.

Sachstand

Nun sind mehr als drei Monate „Echtbetrieb“ vorüber.

Wie ist das Datenverarbeitungssystem SAVIS bei unseren Kolleginnen und Kollegen angekommen?

An unsere GdP-Personalräte wurde immer wieder Kritik herangetragen, die sich hauptsächlich mit dem Vorgangsbearbeitungssystem POLADIS befasste.

Im Rahmen einer Landesvorstandssitzung der Gewerkschaft der Polizei am 8. März 2007 wurde ebenfalls auf Defizite aus Sicht unserer Kolleginnen und Kollegen hingewiesen. Dies hatte zur Folge, dass der Beschluss gefasst wurde, sich im Rahmen eines Projektes – GdP und SAVIS – mit den Defiziten zu beschäftigen.

Bei der intensiven Recherche der Thematik Datenverarbeitungssystem SAVIS wurde schnell klar, dass es sich hierbei um eine komplexe und sehr umfangreiche Thematik handelt, deren valide Aufarbeitung einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird.

Natürlich ist uns bewusst, dass sowohl die Anwender als auch die Verantwortlichen Zeit benötigen, um das System sicher anzuwenden und erkannte Mängel abarbeiten zu können.

Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass die Programmfamilie SAVIS für das Betriebssystem Windows XP konzipiert ist.

Derzeit ist aber auf den Dienststellenrechnern noch das Betriebssystem Windows NT und zusätzlich übergangsweise noch das Vorgangsbearbeitungsprogramm DIPOL installiert.

Dies bedeutet Leistungseinbußen in der Produktfamilie SAVIS, die sich unter anderem in verlängerten Programmlaufzeiten niederschlagen. Eine endgültige Beurteilung der tatsächlichen Leistungsfähigkeit von SAVIS wird erst nach vollständiger Umstellung auf das Betriebssystem Windows XP möglich sein.

Wir als Gewerkschaft der Polizei wollen die vorgetragenen Defizite aufgreifen, sie überprüfen und begründen, um sie dann an verantwortlicher Stelle vortragen zu können.

Wie soll es weitergehen?

Um einen tatsächlichen Überblick über mögliche Problemstellungen zu erhalten, sind folgende Vorgangsschritte vorgesehen:

- Gegenwärtig wird eine Mängel­liste aus Sicht der Systemanwen­der erstellt.
- Differenzierung der Mängel­liste in systembedingte und/oder anwenderbedingte Mängel
- Evaluierung der Mängel.
- Ständige Information unserer Kolleginnen und Kollegen über das Projekt „GdP und SAVIS“.
- Transportieren der festgestellten tatsächlichen Mängel an die SAVIS-Verantwortlichen.
- Weitere „Systembegleitung“ durch die GdP.

Jede Kollegin oder Kollege, der einen eigenen Beitrag zu der Thematik SAVIS machen möchte, kann dies unter gdp-saarland@gdp-online.de tun.

Im Zusammenhang mit der Einführung des Datenverarbeitungssystems SAVIS möchten wir euch auch über die Thematik der System- und Anwenderbetreuer (SAB) informieren.

Der hohe Ausstattungsgrad der Dienststellen mit vernetzten Systemen sowie die wachsende Komplexität der eingesetzten Anwendungsprogramme erfordert die umfassende Betreuung der Systeme und der Anwender, um die Verfüg-

barkeit der Systeme zu gewährleisten und den größtmöglichen Nutzen aus der vorhandenen Anwendung zu erzielen.

Diese Notwendigkeiten erfordern den Einsatz von ca. 30 System- und Anwenderbetreuern (SAB) innerhalb der beiden Behörden LKA und LPD.

Vorrangige Aufgabe der SAB soll die umfassende Unterstützung der Mitarbeiter in der Handhabung aller eingesetzten Anwendungsprogramme und Geräte sein.

Die Aufgabenschwerpunkte sollen sich auf die Bereiche

- Anwenderbetreuung,
- Installation und Betrieb,
- Administration,
- Datenschutz und Datensicherheit

konzentrieren. Die Aufgabenwahrnehmung der SAB erfordern Einarbeitungszeiten und umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen.

Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei müssen für diese qualifizierten Tätigkeiten Tarifbeschäftigte eingesetzt werden.

Nach unserer Einschätzung handelt es sich bei den Aufgaben der SAB um eine polizeifremde Tätigkeit, von der Polizeivollzugsbeamte entlastet werden müssen.

Polizeivollzugsbeamte sind infolge ihrer qualifizierten Ausbildung (möglicherweise über ein Studium an der Fachhochschule) zur Wahrnehmung von Polizeiaufgaben ausgebildet worden.

Des Weiteren spricht gegen den Einsatz von Polizeivollzugsbeamten, dass sich die SAB in der Regel aus dem Kreise der jüngsten und wechselschichtdiensttauglichen Kolleginnen und Kollegen rekrutieren würden. Gerade dieser Kreis von Polizeivollzugsbeamten wird jedoch in den Kernbereichen der polizeilichen Arbeit dringend benötigt.

Aufgrund der Sachlage, dass in absehbarer Zeit keine besetzungs-

fähigen Stellen für Tarifbeschäftigte zur Verfügung stehen dürften, so die Information aus dem MfIFFS – Referat D1 – ist zu befürchten, dass die Aufgabenwahrnehmung Polizeivollzugsbeamten übertragen werden soll.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert:

Mit der Einführung des Datenverarbeitungssystems SAVIS dürfen keine zusätzlichen Personalressourcen im Polizeibereich gebunden werden. Diese werden an anderer Stelle zur Kriminalitätskontrolle dringender gebraucht.

Gerade die Kooperation mit Rheinland-Pfalz sollte ja dazu genutzt werden, mit dem gleichen Ressourceneinsatz noch höhere Qualität und größeren Funktionsumfang für die Polizistinnen und Polizisten im Saarland zur Verfügung zu stellen.

In Zusammenarbeit mit den Personalräten beim MfIFFS wird dieses Ziel gemeinsam verfolgt



Der Autor: Wolfgang Schäfer, Vorsitzender ÖPR Saarbrücken-Land und GdP-Kreisgruppe Saarbrücken-Land Foto: Andrea Schaller

und eine entsprechende Initiative wurde bereits gestartet.

Natürlich werden wir euch über die aktuellen Entwicklungen und Entscheidungen weiter informieren.

GdP, wir kümmern uns darum!

Aufgrund verschiedener Entwicklungen, Presseerklärungen und Presseanfragen auch an die GdP werden wir uns in einer der nächsten Ausgaben der Deutschen Polizei mit der Personalentwicklung der saarländischen Polizei befassen. **D. S.**

Panne bei Gehaltsauszahlungen an Tarifbeschäftigte Initiative der GdP zeigt Wirkung!

Von Karl Recktenwald

Die im Januar 2007 neben dem Gehalt fällige tarifvertraglich vereinbarte Einmalzahlung wurde im Saarland bei vielen Tarifbeschäftigten, darunter auch vielen Tarifbeschäftigten in der Polizei, nicht ausgezahlt.

Ein zu diesem Thema von der GdP verfasstes und versandtes Flugblatt, welches u. a. in den

saarländischen Medien viel Beachtung fand, sorgte anschließend in den betroffenen Ministerien für große Aufregung.

Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass zunächst gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport und dem Ministerium der Finanzen im Vordergrund standen, anstatt sich sofort um die fehlenden bzw. fehlerhaften Gehaltszahlungen zu kümmern.



Karl Recktenwald, HPR
Foto: Dirk Schnubel



Michael Andrae, HPR Foto: GdP

Ein klärendes Gespräch zwischen der Innenministerin und dem Landesbezirksvorsitzenden der GdP, Hugo Müller, in dem dieser die Ressortchefin auf ihre Verantwortlichkeit hinsichtlich der tarifvertraglichen Vereinbarungen und der Gehaltszahlungen aufmerksam machte, und ein sofortiges gemeinsames Handeln zur Beseiti-

gung der Fehlerquellen einforderte, führte schließlich zu einem konkreten Verfahren: Zu den aktuellen Problemen wurde nun beim Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport eine „Clearing-Stelle“ unter Beteiligung der Personalreferate und des Hauptpersonalrates eingerichtet.

- fehlende Einmalzahlungen im Januar 2007
- seit November 2006 keine Zahlung der Wechselschichtzulagen
- seit November 2006 keine Zahlung der un stetigen Zulagen
- verkehrte Berechnung der Vorarbeiterzulagen ab November 2006
- seit November 2006 keine Vergütung für Mehrarbeit usw.

Vom Hauptpersonalrat wurden dazu die entsprechenden und bekannten Einzelfälle namentlich erwähnt, seitens des Ministeriums versprach man, sich intensiv in Zusammenarbeit

mit den anderen Ressorts und der ZBS um die Angelegenheit zu kümmern.

Nach mehreren Sitzungen der Ressorts und der Leitung der ZBS fand Ende März eine 2. Sitzung der Clearing-Stelle beim Ministerium statt. Im Ergebnis ist danach Folgendes festzuhalten:

- Wegen der fehlenden Einmalzahlungen erfolgte im Februar 2007 eine Abschlagszahlung und mit der Gehaltszahlung im März 2007 die endgültige Abrechnung,
- die Abrechnung und Auszahlung der fehlenden Zulagen erfolgte ebenfalls mit der Gehaltszahlung im März 2007,
- außerdem bereinigt wurden im März 2007 alle Überzahlungen, wobei die Rückforderung monatlich höchstens 100 Euro betragen darf,
- ebenfalls geklärt und durchgeführt werden die noch aus-

stehenden Anträge auf Entgeltumwandlung,

- voraussichtlich noch im April 2007 erhalten die Tarifbeschäftigten des Landes die ihnen zustehende Berechnung des Vergleichentgeltes.

Die bis dato bekannten Ungereimtheiten bei der Zahlung der Gehälter an die Tarifbeschäftigten im gesamten Landesdienst sind somit aufgrund der Initiative der Gewerkschaft der Polizei und ihrer Mitglieder im Hauptpersonalrat des Ministeriums für Inneres, Familie, Frauen und Sport vorerst und hoffentlich auf Dauer beseitigt.

Erwähnenswert und besonders herauszustellen ist, dass die Gewerkschaft der Polizei als einzige Gewerkschaft zuerst für ihre Mitglieder im Polizeibereich und letztlich für alle im Landesdienst tätigen Tarifbeschäftigte aktiv und erfolgreich gekämpft hat.

BRENNPUNKT BEIHILFE

Kompetenzteam agiert weiter!

Von Udo Ewen

Am Freitag, dem 2. März 2007, 14 Uhr, war mit Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer ein Termin angesetzt, bei dem ausschließlich die Beihilfe-problematik erörtert wurde. Der Innenministerin wurde eine Zusammenstellung einiger Problemfälle aus der Vergangenheit aber auch aus aktuellem Anlass ausgehändigt.

- In einer Auflistung wie z. B.: Zusammenarbeit mit der Beihilfestelle,

- Verfahrensweise der Beihilfestelle,

- Umgang mit den Antragsberechtigten

wurde auf die Gesamtproblematik hingewiesen. Grundsätzlich ist die Abteilung – A – beim Ministerium für Familie, Frauen und Sport für alle rechtlichen Bestimmungen und Anordnungen verantwortlich. Die Abteilung – C – des Finanzministeriums ist eigentlich nur ausführende Dienststelle. Deshalb muss

BRENNPUNKT BEIHILFE

man bei differenzierter Betrachtung auch feststellen, dass die Sachbearbeiter der Beihilfestelle, die im Übrigen eine sehr hohe Arbeitsbelastung haben, beim Handling der BhVO und

Für uns war es jedoch von höchster Wichtigkeit, bei den politisch Verantwortlichen eine entsprechende Sensibilisierung und die Anerkennung der Problematik zu erreichen.



Hochinteressante Beschulung am Bostalsee

Foto: Dirk Schnubel

den Ausführungsbestimmungen eben genau an diese gebunden sind. Das hat jedoch nichts mit der Optimierung der inneren Abläufe bei der Bearbeitung der Anträge zu tun. Dort wäre es notwendig, alle Sachbearbeiter, auch die neu hinzugekommenen, auf den gleichen Informationsstand zu bringen. Dadurch würde für diese eine Auskunft- und Beratungssicherheit erlangt werden, die zurzeit für die Kolleginnen und Kollegen oft nicht erkennbar ist.

Bei dem Gespräch, das in sehr vertrauter Atmosphäre stattfand, zeigte sich die Ministerin äußerst interessiert, aber auch sichtlich betroffen angesichts der dargelegten Fälle. Sie sagte zu, eine entsprechende Überprüfung der angeführten Kritikpunkte, die in einer Art Katalog zusammengestellt wurden, der jedoch keinesfalls als abschließend anzusehen ist, durchführen zu lassen. Im Rücklauf wird sie sich erneut mit uns zur Besprechung der erlangten Erkenntnisse und eventuell möglicher Lösungsansätze in Verbindung setzen.

Eines der Hauptprobleme, das sich immer mehr herauskristallisiert, ist die Tatsache, dass sich die bereits erfolgten Reformen im Gesundheitswesen eben nicht 1:1 auf das Beihilferecht übertragen lassen, dies aber immer wieder versucht und praktiziert wird.

Dies ist geschehen und wir sind eigentlich guter Hoffnung, dass dort mittelfristig und langfristig einige positive Veränderungen stattfinden könnten.

Ein weiteres Teilziel des GdP-Kompetenzteams wurde am 5./6. März 2007 angegangen und auch erreicht.

Am Montag und Dienstag erfolgte für die Mitglieder des Kompetenzteams der GdP eine Schulungsveranstaltung im Hotel Merker in Bosen.

Als fach- und sachkundigen Referenten war es uns gelungen, Herrn Norbert Herrmann von der RZVK zu gewinnen.

Herr Herrmann vermittelte das Rechtsgebiet der Beihilfe in sehr anschaulicher Form und für jeden verständlich. Genau hierin liegt die Kunst – das Verstehen – warum, was, wie gehandhabt wird. Anhand des Lehrmaterials und sowohl von konkreten, als auch von konstruierten Einzelfällen, wurden manche Probleme erkennbar, die vorher eigentlich so nicht bekannt waren.

Hierzu einige Beispiele:

- Antragsberechtigung (wer ist antragsberechtigt unter welchen Umständen?).
- Verfahrensweisen und Schwierigkeiten für die Festsetzungsstellen.
- (- Antragsteller verstorben und keine Ehefrau oder Kinder vorhanden, auf die das Antragsrecht übergeht, son-

dern nur Erben. Was passiert dann, oder besser gesagt, was kann dann passieren?).

- Was tun bei Auslandserkrankung (Rücktransport nicht beihilfefähig, immer private Rücktransportversicherung abschließen!!!).
- Wo besteht Entscheidungsspielraum für die Festsetzungsstelle? (- Stichwort Festbetragsbindung bei Medikamenten).
- Rechtsverbindlichkeiten bei fernmündlichen Belehrungen (beachte nur schriftliche Auskünfte/Belehrungen haben Rechtsverbindlichkeit).

Durch das zweitägige Seminar und das anschließend zur Verfügung gestellte Material (BhVO, AV, Übersicht über das Beihilferecht etc.), konnten alle Seminarteilnehmer auf gleiche

Ballhöhe gebracht werden und somit auch das eigene Wissen vertiefen. Ebenfalls anwesend an beiden Tagen war unser Vertragsanwalt Herr RA Seibert. Auch er konnte dort interessante Erkenntnisse erlangen und nach seinen eigenen Bekundungen lehrreiche Erfahrungen sammeln, um die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen besser verstehen zu können.



Anzeige

Gruppenreise ins **Falkensteiner Hotel Sonnenparadies Terenten/ Südtirol vom 29. September – 06. Oktober 2007**



Leistungen:

- Bustransfer „Schwalbach/ Saarbrücken“ nach Terenten/ Südtirol
- 7Übernachtungen im ****Hotel „Sonnenparadies“, alle Zimmer mit Balkon, Bad oder DU/WC, Sat-TV, Safe und Fön
- Halbpension – Frühstücksbuffet und Abendessen mit Menüwahl
- Begrüßungsgetränk, 1 x Galadinner
- Geführte Dorfwanderung mit anschließender Jause im Hotel
- Abendanimation – Musikabend, Diavortrag, Bingoabend, Abendspaziergang mit Schnaps
- Freie Benutzung der neu umgebauten Wellness- und Badelandschaft (Massage und Solarium gegen Gebühr)
- Ausflüge mit Reiseleitung (Dolomitenrundfahrt, Meran usw.)
- Zusatzleistung: Einheimische Tischgetränke zum Abendessen inklusive (Tafelwein, Bier, Wasser, Säfte, Kaffee)
- Reisesicherungsschein

Das Hotel (<http://www.falkensteiner.com/de/sonnenparadies>) verfügt über 650 m² Wellnessbereich: Hallenbad, Freibad, Sauna, Solarium, Whirlpool, Blütenbad, Heubad, Ruhebereich und Massageabteilung.

Preis pro Person im Doppelzimmer €580,00
 Preis pro Person im Einzelzimmer €650,00
 Reiserücktrittskostenversicherung auf Anfrage
 Mindestteilnehmerzahl: 35 Personen

Veranstalter:

Jobs Reisen Saarwellingen in Kooperation mit dem Sozialwerk der GdP Saarland

Anmeldung: 0681 - 841240

Deutlicher Rückgang bei den Verkehrsunfällen mit Personenschäden und bei den Verunglückten!

Von Bernd Brutscher

Die Rahmendaten

Nachdem sich das Unfallgeschehen im Saarland in den Vorjahren tendenziell gegenläufig zum Bundestrend entwickelte, kann für das Jahr 2006 erstmals eine der Bundesentwicklung entsprechende und in Teilen sogar positivere Unfallbilanz für das Saarland gezogen werden. Besonders ausgeprägt ist dies bei den Verkehrsunfällen (VU) mit Personenschaden und den Verunglückten. Auch die Rückgänge bei der Gesamtzahl der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle und bei den Verletzten liegen über den Bundeswerten.

Die Verunglücktenrate

Auf 100000 Einwohner entfielen im Saarland noch 616 bei Verkehrsunfällen getötete und

Dieser erfreuliche Rückgang beschränkte sich allerdings auf die Insassen bzw. Benutzer motorisierter Fahrzeuge (PKW und Motorräder). Als Fußgänger und Radfahrer mussten sich dagegen mehr Verkehrsteilnehmer nach Verkehrsunfällen in ambulante ärztliche Behandlung begeben.

Die Unfallrate Leichtverletzte (Leichtverletzte bei VU pro 100000 Einwohner) reduziert sich damit gegenüber dem Vorjahr von 575 auf 541.

Er liegt allerdings immer noch deutlich über dem bundesweiten Durchschnittswert von 420 für 2006, der gegenüber 2005 (432) nochmals etwas niedriger ausfällt.

Diese bereits seit langer Zeit auffällige statistische Abweichung ist auch für die im Bundesvergleich deutlich höhere Zahl von Verunglückten bei Verkehrsunfällen im Saarland

gen keine gesicherten Erkenntnisse vor.

Unfallrate schwere Folgen

Hinter der Verunglücktenbilanz verbirgt sich allerdings auch ein aus saarländischer Sicht äußerst positiver und anhaltender Trend.

Bei der Unfallrate für die schweren Folgen (Getötete und Schwerverletzte) liegt das Saarland mit 755 auch weiterhin sehr deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 970.

Fazit: Im Saarland erleiden pro Einwohner zwar überdurchschnittlich viele Menschen bei Verkehrsunfällen leichte Verletzungen – die Bilanz der bei Verkehrsunfällen Getöteten und Schwerverletzten ist aber auch überdurchschnittlich günstiger als in den meisten vergleichbaren Ländern.

Hauptunfallursachen

2006 ergeben sich gegenüber den Vorjahren keine grundlegenden Veränderungen bei den Unfallursachen.

Die für das innerörtliche Unfallgeschehen – mehr als 3/4 aller Verkehrsunfälle ereignen sich hier – typischen Ursachen Missachtung der Vorfahrt/des Vorrangs und Fehler beim Ab-

biegen/Wenden belegen weiterhin die Spitzenplätze bei den VU mit Personenschaden.

Auf den Autobahnen dominiert dagegen eindeutig die überhöhte bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit als Ursache für Verkehrsunfälle mit Personenschaden.

Besondere Risikogruppen

Die statistischen Auswertungen bezüglich Altersstruktur und Beteiligungsart der Verunglückten, Getöteten, Schwerverletzten und Leichtverletzten sowie der Verursacher von VU mit Personenschaden lassen besondere Risikogruppen innerhalb der Unfallbeteiligten erkennen.

Das altersbezogene Risiko, bei einem Verkehrsunfall zu verunglücken, d. h. getötet oder verletzt zu werden, lässt sich mit der Unfallkennzahl „Verunglückte je 100000 der Altersgruppe“ darstellen. Als Datengrundlage werden die Verkehrsunfälle der Jahre 2003 bis 2006 herangezogen.

Die Grafik zeigt eindeutig, dass im Jahr 2006 das Unfallrisiko der „Jungen Fahrer“ – so wird die Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen Führerscheininhaber bezeichnet – auf sehr hohem Niveau lag.

Im Vorjahr hatte sich bei der Unfallbeteiligung dieser Risikogruppe noch eine positive Ent-

		2006	2005	2004	Differenz von 2005 zu 2006	%
VERKEHRSunFÄLLE	INSGESAMT	27.909	28.881	28.912	- 972	- 3,4
	MIT NUR SACHSCHADEN	23.152	23.750	23.809	- 598	- 2,5
	MIT PERSONENSCHADEN	4.757	5.131	5.103	- 374	- 7,3
VERUNGGLÜCKTE	INSGESAMT	6.469	6.905	6.825	- 436	- 6,3
	GETÖTETE	55	55	76	--	--
	SCHWERVERLETZTE	738	778	750	- 40	- 5,1
	LEICHTVERLETZTE	5.676	6.072	5.999	- 396	- 6,5
SONSTIGE FOLGEN	UNFALLFLUCHT	7.602	7.780	7.673	- 178	- 2,3

verletzte Personen – gegenüber 654 im Vorjahr.

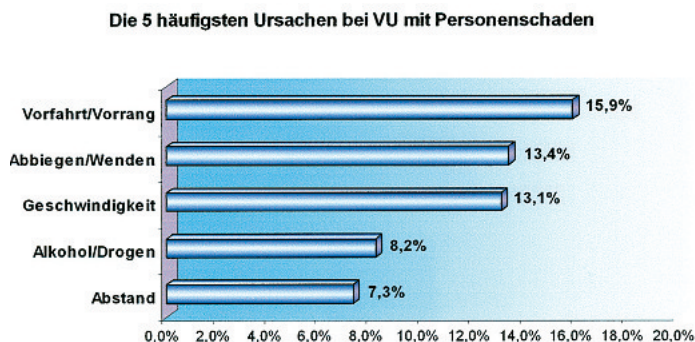
Der Bundesdurchschnitt liegt bei 518 (2005: 526).

Die Verunglücktenrate wird im Saarland entscheidend von der gegenüber dem Bundesdurchschnitt wesentlich höheren Leichtverletztenrate geprägt.

2006 wurden fast 400 Menschen weniger als im Vorjahr bei Verkehrsunfällen leicht verletzt.

verantwortlich, d. h. die über dem Bundesdurchschnitt liegende Verunglücktenrate (Verunglückte pro 100000 Einwohner) für das Saarland von 616 – gegenüber 518 im Bundesdurchschnitt – wird ausschließlich von der überdurchschnittlichen Unfallrate Leichtverletzte im Saarland geprägt.

Über die Gründe für die im Saarland signifikant höhere Zahl von Leichtverletzten lie-



VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2006

wicklung angedeutet. Es waren bei Verkehrsunfällen 124 junge Menschen (50 weniger als im Jahr 2004) getötet oder schwer verletzt worden.

2006 knüpft in dieser Hinsicht wieder an die nicht zufriedenstellenden Bilanzen der Vorjahre an.

Die Unfallkennzahl „Verunglückte pro 100.000 der Altersgruppe“ zeigt für die „Jungen Fahrer“ für die Jahre 2003 bis 2006 ein etwa dreifach höheres Unfallrisiko gegenüber der Gesamtbevölkerung auf.

Besonders gravierend stellt sich das Tötungs- und Verletzungsrisiko der „Jungen Fahrer“ wie bisher als PKW-Benutzer

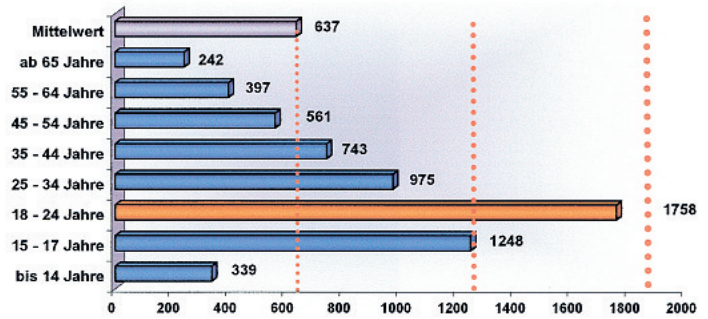
(Fahrer und Mitfahrer) dar. Im vergangenen Jahr gehörte jeder dritte Getötete und Schwerverletzte zu dieser Altersgruppe.

Junge Fahrer als Unfallverursacher

Die Grafik zur Verursachung von Verkehrsunfällen mit Personenschaden lässt bei dieser Altersgruppe ein 3,5 höheres Verursacherrisiko als im statistischen Durchschnitt der Gesamtbevölkerung erkennen.

Dabei gilt nicht angepasste/überhöhte Geschwindigkeit weiterhin als dominante Unfallursache – sie wird bei den 18- bis

Verunglückte bei Verkehrsunfällen je 100.000 der Altersgruppe



24-jährigen doppelt so oft registriert wie beim Durchschnitt aller Altersgruppen.

Auch alkoholische Beeinflussung ist bei den „jungen Fahrern“

als Unfallursache überrepräsentiert. Der Gesamtbericht kann im Intranet der saarländischen Polizei eingesehen werden.

KG ST. WENDEL

Rudi Schmidt im Ruhestand

Rudi Schmidt, langjähriger ÖPR-Vorsitzender bei der ehemaligen PD Ost und in der Vergangenheit in mehreren GdP-Gremien aktiv, ging mit Ablauf des Monats Februar in Ruhestand. Der „1. City-Cop“ wurde an seinem Geburtstag gleichzeitig für 40 Jahre Mitgliedschaft in

der GdP geehrt. „Manni“ (Mustafa) Schorr kann sogar auf 50 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zurückblicken.



Thomas Ehlhardt (li.) und Manni Schorr

Da er bei der letzten Mitgliederversammlung nicht anwesend sein konnte (er war, wie so oft, in seiner 2. Heimat), wurde die Ehrung in einer kleinen Feierstunde innerhalb des Kreisgruppenvorstandes nachgeholt.

Beiden Kollegen sagen wir herzlichen Dank für die Treue und wünschen euch: „Bleibt fit!“

Thomas Ehlhardt



Peter Wack (li.) und Rudi Schmitt
Fotos: GdP St. Wendel

Anzeige

Sommer in Südfrankreich
A-ROSA LUNA ★★★★★
„Zauberhaftes Frankreich“
Termine: wöchentlich 9.6.–23.6. und 7.7.–18.8. und 1.9.07
Reiseroute: Lyon – Chalons-sur-Saône – Tournus – Mâcon – Lyon – Avignon – Arles – Viviers – La Voulte – Lyon

PLUS
Gäste von Thomas Cook Reisen erhalten zusätzlich:
 • Kostenlose Teilnahme an der Weinwirtschaft (Abendessen mit Spezialitäten und Weinen der Region)
 • Mineralwasser auf der Kabine
 • 20% Ermäßigung auf SPA-Anwendungen
 • Stadtrundfahrt (halbtags)
 • 1 Kind (bis 15 J.) reist kostenlos im Zusatzbett bei Unterbringung mit 2 Erwachsenen in Kat. A
 Das Thomas Cook Reisen Plus ist auch für Reisen mit A-ROSA STELLA „Rhône Méditerranée“ gültig
 Termine: wöchentlich 9.6.–16.6., 30.6.–11.8. und 25.8.–1.9.07

7 Nächte in Zweibett-Kabine außen
p. P. ab € 1.179,-

Nähere Informationen hier im Reisebüro
 Katalog Flussreisen März–Dezember 2007, ab Seite 70
 TOC SHIP H 79727 __A LP – A-ROSA LUNA
 TOC SHIP H 79719 __A LP – A-ROSA STELLA

Thomas Cook
 Sozialwerk der GdP Saarland
 Reisen
 Tel.: 0681 - 841240
 Gewinne jeden Augenblick

Runde Geburtstage

Im vergangenen Halbjahr konnte die KG LPD vielen langjährigen Mitgliedern zu „Runden“ Geburtstagen gratulieren: 50 wurden Ute Weber, Hans-Jörg Schmitt, Markus Fiack, Ulrich Schmal, Haimo Regitz, Norbert Woelfler, Jürgen Barth, Franz-Josef Görden und Birgit Battis. Auf 60 Jahre konnten zurückblicken Karl-Heinz Wagner und Gerhard Heinz.

Ernst Dörr wurde 70 Jahre jung. An dieser Stelle wünschen wir den Jubilaren nochmals alles Gute, insbesondere Gesundheit

und Wohlergehen. Am 28. Februar 2007 feierte unser engagiertes GdP-Mitglied Bernd Brutscher seinen 50. Geburtstag. Als Autor zahlreicher Artikel in der Deutschen Polizei und Fachbüchern beim Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH (Buchtitel: „Verkehrsstraftaten“/ „Ausländer im deutschen Straßenverkehr“) hat sich Bernd Brutscher über die saarländischen Grenzen hinaus Anerkennung verdient. Im Landesvorstand der GdP füllt Bernd die wichtige Funktion des Rechtsschutzbeauftragten aus. Bernd



Zum 1. April 2007 gab es für Bernd Brutscher einen weiteren Grund zum Feiern. Aus den Händen von Annegret Kramp-Karrenbauer und Gerhard Müllenbach erhielt er seine Beförderungsurkunde. Foto: CW

steht an vielen Stellen mit Kompetenz und Wissen, Rat und Tat zur Seite. Die GdP wünscht nochmals alles Gute zum Ge-

burtag, Glück und Gesundheit. Danke für Dein Engagement. Bruno Leinenbach, Frank Dell

KG SAARBRÜCKEN-LAND

Neuer Chef bei der PI Köllertal

Nach dem Wechsel von EPHK Klaus Ney zur PI Dillingen wurde die frei gewordene Leitungsfunktion bei der PI



Gerhart Schmitt Foto: W. Schäfer

Köllertal mit unserem GdP-Kollegen, EPHK Gerhart Schmitt, zum 15. März 2007 neu besetzt. Gerhart Schmitt war zuvor Leiter des Verkehrskommissariats in Merzig. Unser GdP-Kollege ist seit 1972 Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei.

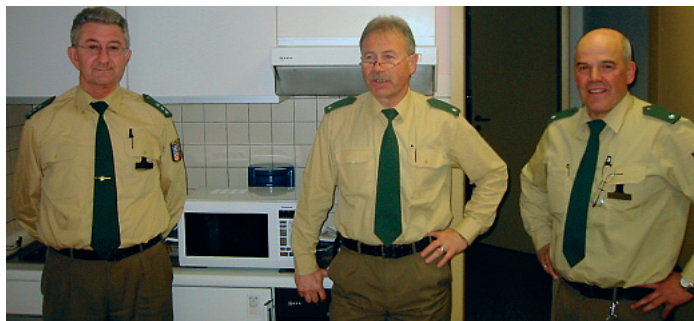
Innerhalb der GdP nimmt er ebenfalls eine wichtige Funktion war. Er ist Mitglied des Landeskontrollausschusses.

Lieber Gerhart, wir wünschen dir alles Gute und viel Erfolg bei der Erfüllung deiner neuen Aufgabe.

Wolfgang Schäfer

KG SAARLOUIS

Wir unterstützen gerne!



V. l.: R. Recktenwald, H. Blass, A. Eisenbart Foto: Dirk Schnubel

Für die Kreisgruppe Saarlouis ist es eine Selbstverständlichkeit, die sozialen Belange der Kolleginnen und Kollegen an den Stellen, an denen der Dienstherr dem nicht nachkommen kann oder will, zu unter-

stützen. Und so war es für uns keine Frage, einer entsprechenden Bitte der Kollegen des Ppost Saarlouisen nachzukommen und die Dienststelle mit einer Mikrowelle auszustatten.

Dirk Schnubel

NACHRUUF



Am 26. März 2007 verstarb im Alter von 79 Jahren unser GdP-Mitglied Karlheinz Berhard.

Der Verstorbene war langjährig Seniorenvertreter in unserem Kreisgruppevorstand. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Bruno Leinenbach, Vorsitzender

In der Juni-Ausgabe werden wir u. a. die Gedanken eines Polizeikommissars zu seiner Polizei veröffentlichen. Wir werden uns mit der Thematik Vorsorgevollmacht/Patientenverfügung befassen, außerdem werden wir uns mit der PKS-Statistik auseinandersetzen u. v. m.